AKREF-Nachrichten vom 06.11.2026 bis 13.11.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

2007- 2026 Deutsche Evangelische Allianz e.V. | Umsetzung: b13 GmbH | Kontakt | Spenden | Impressum

Inhaltsverzeichnis

Belarus: Kritik am Ukraine-Krieg 3

Deutschland: Buttersäure-Anschlag - Zeuge fürchtet um den Rechtsstaat 4

Deutschland: Evangelische Allianz erweitert Schuldbekenntnis von 1946 5

Deutschland: Kirchliche Hilfswerke kritisieren die Kürzung öffentlicher Mittel 6

Deutschland: Mennonitin - An die Verfolgung der Täufer erinnern 7

Deutschland: Schirrmacher: „Religionsfreiheit stärkt Frieden“ 8

Deutschland: Zwei Tierskulpturen antisemitisch beschmiert 9

Frankreich: Frankreichs Bischöfe stärken katholische Kliniken 10

Indonesien: Ein muslimisches Land mit einer aktiven Kirche 11

Iran: Anhaltende Hinrichtungswellen und willkürliche Festnahme 12

Kenia: Sektenführer zu 200 Jahren Haft verurteilt 14

Kongo (DR): Lubumbashi - Erneute Angriffe auf kirchliche Einrichtungen 15

Libyen: IS-Kämpfer töten ägyptischen Christen in Libyen 16

Mosambik: Fünf Monate nach der Ermordung des Bischofs dauern die Ermittlungen zu seinem Tod an 17

Niger: Vertreibungen und Unsicherheit 18

Nigeria: Auf der Flucht vor Terroristen 19

Nigeria: Priester bewusstlos geschlagen 20

Nordkorea: Wie geht es den Christen in den Arbeitslagern? 22

Österreich: Red Week 23

Paraguay: Kardinal Martínez - „Es sind tiefgreifende Veränderungen erforderlich, 24

Südsudan: Das Land auf dem Weg zu den ersten Wahlen seit der Staatsgründung - 25

Ukraine: "Sie konnte nicht mehr weinen" 26

Ukraine: Christenverfolgung? Selenskyj widerspricht 27

Belarus: Kritik am Ukraine-Krieg

Drei Jahre Haft für Priester aus Belarus

Weil er zum Frieden aufrief und den Ukraine-Krieg verurteilte, landet ein katholischer Priester im Gefängnis. Menschenrechtler sprechen von politischer Verfolgung.

Ein katholischer Priester in Belarus ist zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Der 66-jährige Anatoly Parakhnevich wurde nach einem nicht öffentlichen Prozess im vergangenen Monat wegen „Beleidigung der Behörden“ und „Extremismus“ schuldig gesprochen, wie Premier Christian News berichtet. Parakhnevich bestreitet die Vorwürfe und will in Berufung gehen.- Werbung -

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Viasna sprach der Priester sich offen gegen Russlands Krieg in der Ukraine aus und verurteilte die Rolle Belarus’ bei der Invasion. Zudem organisierte er Hilfe für Ukrainer und rief zu Frieden und Umkehr auf. In einer Predigt zu dem Konflikt fragte er seine Gemeinde: „Wird unser eigenes Gewissen uns jemals vergeben?“

Sehr beliebter Priester

Viasna stuft ihn als politischen Gefangenen ein. Parakhnevich ist seit seiner Festnahme im März in Haft. Berichten zufolge erlitt er im Gefängnis einen Herzinfarkt. Viasna-Anwalt Pavel Sapelka sagte, die Behörden gingen gezielt gegen Menschen vor, die die öffentliche Meinung beeinflussen: „Die Behörden verfolgen, bedrohen und verängstigen aggressiv diejenigen, die die öffentliche Meinung im Land prägen, und Parakhnevich ist ein sehr beliebter Priester, dessen Predigten Tausende Belarussen gehört haben.“

Die belarussische Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaya, die im Exil lebt, bezeichnete das Urteil als „herzzerreißend“ und „politisch motiviert“. Open Doors, das weltweit die Verfolgung von Christen beobachtet, dokumentiert eine zunehmende staatliche Überwachung religiöser Organisationen in Belarus. Außerdem gebe es Einschränkungen für Christen, ihre Ansichten öffentlich zu äußern. Laut Viasna sitzen derzeit 884 politische Gefangene in Belarus ein.

aus www.jesus.de

Deutschland: Buttersäure-Anschlag - Zeuge fürchtet um den Rechtsstaat

Nach Freispruch der Angeklagten äußert Lukas Furch scharfe Kritik am Urteil

Schwäbisch Gmünd (IDEA) – Nach dem Freispruch im Fall des Buttersäure-Anschlags auf den Lebensrechtskongress „Leben.Würde“ im Christlichen Gästezentrum Württemberg „Schönblick“ hat der als Zeuge geladene christliche PR-Unternehmer Lukas Furch (Frankfurt am Main) das Urteil scharf kritisiert. Er sagte der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA, er könne das Urteil nicht nachvollziehen. „Ich habe bisher mit dem Vertrauen gelebt, dass am Ende immer die Gerechtigkeit siegen wird. Dieses Vertrauen ist jetzt weg.“ Nach der Urteilsverkündung habe er zum ersten Mal in seinem Leben um den Rechtsstaat gefürchtet. Offenbar könne man sich nicht mehr uneingeschränkt auf ihn verlassen, so Furch.

Gericht sah Schuld als nicht erwiesen an

Das Amtsgericht Schwäbisch Gmünd hatte die aus Stuttgart stammende Angeklagte am 10. November freigesprochen. Wie das Gericht IDEA auf Anfrage mitteilte, war es nach der Hauptverhandlung mit der Vernehmung von neun Zeugen nicht von der Schuld der Angeklagten überzeugt. Der Frau war vorgeworfen worden, am 10. Mai 2025 zur Mittagszeit Buttersäure im Eingangsbereich und im Forum des Schönblicks verteilt zu haben. Zuvor hatte die Staatsanwaltschaft Ellwangen im Dezember 2025 einen Strafbefehl über 120 Tagessätze erwirkt, gegen den die Angeklagte Einspruch eingelegt hatte. Nach Angaben des Gerichts hatte keiner der neun Zeugen ausgesagt, gesehen zu haben, wie sie die Buttersäure verteilt habe.

Angeklagte mit Buttersäure im Wald gestellt

Furch erklärte, selbst wenn keiner der Zeugen gesehen habe, wie die Frau die Buttersäure verteilt habe, müsse sie sich doch mindestens des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Er und ein weiterer Zeuge hätten die Frau nach ihrer Flucht vom Schönblick verfolgt und mit der Buttersäure in ihrer Tasche im Wald gestellt. Er frage sich, ob Christen nun generell fürchten müssten, dass Übergriffe, die sich gegen sie richteten, nicht mehr bestraft würden.

Weitere Zeugin: „Für mich persönlich war offensichtlich, was da passiert ist“

Auch eine weitere Zeugin, Tini Brüning, zeigte sich gegenüber IDEA schockiert über den Freispruch. Sie ist Redakteurin des katholischen Fernsehsenders K-TV und war während des Kongresses für Dreharbeiten vor Ort. Sie hat den Anschlag nach eigenen Angaben zwar nicht direkt beobachtet, jedoch kurz darauf die Buttersäure gerochen und die Reinigungskräfte im Einsatz gesehen. Furch habe ihr zudem ein Video zur Verfügung gestellt, das zeige, wie die Angeklagte im Wald zur Rede gestellt worden sei. Die Reaktion der Frau in dem Video sei eindeutig gewesen: Sie habe gewirkt wie jemand, der sich ertappt fühle – nicht wie eine Person, die zu Unrecht verfolgt werde. Zudem sei in dem Video zu hören, wie ihr gesagt werde, dass sie nach Buttersäure rieche. „Für mich persönlich war offensichtlich, was da passiert ist“, so Brüning. Mit dem Freispruch habe sie überhaupt nicht gerechnet.

Schaden von rund 15.000 Euro

Durch den Anschlag entstanden Kosten von rund 15.000 Euro. Eine Spezialfirma hatte alle betroffenen Räume behandelt. Da die Geruchsbelästigung danach noch bestand, musste das Parkett vollständig abgeschliffen und teilweise erneuert werden. Auch der Estrich war in Mitleidenschaft gezogen worden und musste chemisch behandelt werden. Kontaminierte Polster mussten ersetzt werden. Die Versicherung kam für den Schaden nicht auf. Mehrere CDU-Politiker hatten den Anschlag damals verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Staatsanwaltschaft Ellwangen kann es mit den Rechtsmitteln der Berufung oder der Revision anfechten. Wie sie IDEA auf Anfrage mitteilte, wird das derzeit geprüft. Der dreitägige Kongress „Leben.Würde“ fand nach 2022 zum zweiten Mal statt. Veranstalter waren neben dem Schönblick der Bundesverband Lebensrecht (BVL/Berlin) und IDEA. Über 350 Besucher nahmen daran teil.

Deutschland: Evangelische Allianz erweitert Schuldbekenntnis von 1946

Unrecht an Juden benannt

Die Evangelische Allianz in Deutschland (EAD) hat am 9. November, 88 Jahre nach der Pogromnacht, eine Erweiterung ihres Schuldbekenntnisses von 1946 veröffentlicht. Bei einer Gedenkandacht in ihrem Berliner Büro verlasen EAD-Vertreter den Text. Im Bekenntnis von 1946 kam das an Juden begangene Unrecht nicht vor. Nun heißt es: „Aus der Erinnerung erwächst für die EAD die Verantwortung, wachsam zu sein, Unrecht klar zu benennen und für jüdische Menschen einzutreten und sie zu schützen. Daher tritt die Evangelische Allianz in Deutschland jeder Form von Juden- und Israelhass entschieden entgegen.“ (eh)

Von Israelnetz vom 10. November 2026

Deutschland: Kirchliche Hilfswerke kritisieren die Kürzung öffentlicher Mittel

Diakonie und „Brot für die Welt“ berichteten auf der EKD-Synode

Würzburg (IDEA) – Die evangelischen Hilfswerke Diakonie Deutschland und „Brot für die Welt“ haben die Kürzung öffentlicher Mittel für ihre Arbeit kritisiert. Diakonie-Präsident Rüdiger Schuch und „Brot für die Welt“-Präsidentin Dagmar Pruin (beide Berlin), äußerten sich am 10. November in dem Bericht des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung (dem Dachverband, zu dem beide gehören) auf der EKD-Synode in Würzburg. Schuch warnte unter anderem vor einer Kürzung von Mitteln für die Integration von Zuwanderern. Migration werde derzeit zunehmend nur noch als Bedrohung und Sicherheitsproblem diskutiert, sagte er. „Wir brauchen einerseits einen differenzierten Blick auf reale Probleme der Migration, auf Armut, auf Bildungsdefizite und auch auf Kriminalität, aber mindestens genauso wichtig ist, die Integration von Zugewanderten in unsere Gesellschaft nachhaltig zu fördern.“ Die Diakonie helfe Migranten mit Bildungs- und Unterstützungsangeboten, in Deutschland eine neue Heimat zu finden. Die diakonischen Unternehmen seien selbst auf Mitarbeiter mit Migrationshintergrund angewiesen. Ohne sie könne das Gesundheits- und Sozialsystem kaum noch aufrechterhalten werden. Weiter sagte Schuch: „Integration kostet, aber jeder Euro für Integration ist gut ausgegeben, denn die Menschen wollen hier in dieser Gesellschaft ankommen. Letztlich sorgen sie mit ihrer Arbeit auch für den Wohlstand aller in diesem Land.“ Deswegen seien Haushaltskürzungen bei Integrations- und Sprachkursen oder bei der Beratung von Migranten der falsche Weg.

Gegen Kürzungen bei der Entwicklungshilfe

Pruin kritisierte in dem Bericht die Sparmaßnahmen der Bundesregierung bei der Entwicklungshilfe. Sie zeigten einen Mangel an Weitsicht. Deutschland könne als starkes Land die Welt mitgestalten. Die Kürzungen zwängen das Hilfswerk zu schmerzhaften Strukturanpassungen. Weltweit seien Millionen von Menschen von extremer Armut und Hunger betroffen. „Die Bundesregierung sollte Solidarität und internationale Verantwortung als Leitprinzip ihres Handelns aufrechterhalten“, forderte Pruin. Die Synode in Würzburg tagt noch bis zum 11. November.

Deutschland: Mennonitin - An die Verfolgung der Täufer erinnern

EKD-Synode: Ökumene-Beauftragter Landesbischof Kopp stellte Bericht vor

Würzburg (IDEA) – Bei den Feiern zum 500. Jubiläum des „Augsburger Bekenntnisses“ (Confessio Augustana) muss auch an die Verfolgung der Täuferbewegung in der Reformationszeit erinnert werden. Das hat die Mennonitin und Historikerin Astrid von Schlachta (Hamburg/Bolanden in der Pfalz) am 8. November auf der Tagung der EKD-Synode in Würzburg gefordert. Sie äußerte sich in einer Gesprächsrunde zum Bericht des Ökumene-Beauftragten der EKD, Landesbischof Christian Kopp (München). Zum Hintergrund: Am 25. Juni 1530 übergaben die evangelischen Reichsstände Kaiser Karl V. (1500–1558) die Confessio Augustana, um mit den Altgläubigen eine Einigung in Glaubensfragen zu erzielen. Sie enthielt eine Darstellung der reformatorischen Lehre. Nachdem der Versuch einer Einigung gescheitert war, wurde sie zur Lehrgrundlage der lutherisch geprägten Kirchen. Die Mennoniten gehören zu den ältesten Gruppierungen der historischen Täuferbewegung in Europa, die die Säuglingstaufe ablehnt. Nach der Reformation kam es zu starken Verfolgungen ihrer Anhänger bis hin zu Hinrichtungen. In seinem Bericht vor der EKD-Synode sagte Kopp, das „Augsburger Bekenntnis“ habe ökumenische Bedeutung. Es sei 1530 der Versuch gewesen, „die reformatorische Bewegung innerhalb der einen Kirche Jesu Christi zu verorten“. Sie habe die Übereinstimmung mit den altkirchlichen Glaubensbekenntnissen betont. Ihr Anliegen sei nicht die Gründung einer neuen Kirche gewesen, sondern eine kirchliche Reform. An der Jubiläumsfeier 2030 solle deshalb auch die katholische Kirche beteiligt werden.

Verwerfungen nicht unter den Teppich kehren

Von Schlachta sagte in der Gesprächsrunde, aus Sicht der Mennoniten sei das Augsburger Bekenntnis vor allem ein Dokument der Ausgrenzung. Eines seiner wesentlichen Bestandteile sei die Verdammung der sogenannten „Wiedertäufer“ gewesen. Schon auf dem Reichstag zu Speyer 1529 sei die Todesstrafe für die Anhänger der Täuferbewegung eingeführt worden. „Die Confessio Augustana zeigt, was passiert, wenn Menschen ausgegrenzt werden“, so von Schlachta. Die evangelische Kirche und die Mennoniten hätten ihre „Konfliktgeschichte“ zwar mittlerweile überwunden, aber die „Verwerfungen“, zu denen das historische Bekenntnis geführt habe, dürften bei der Feier des Jubiläums nicht unter den Teppich gekehrt werden.

Deutschland: Schirrmacher: „Religionsfreiheit stärkt Frieden“

Religionsfreiheit schützt nicht nur Glaubende. Sie bewahrt auch Atheisten, Konvertiten sowie religiöse Minderheiten vor Zwang und kann nach Ansicht von Thomas Schirrmacher Konflikte entschärfen.

(PRO - Von Norbert Schäfer vom 12. November 2026) Religionsfreiheit sei weit mehr als ein Sonderrecht für Kirchen und Religionsgemeinschaften. Sie schütze jeden Menschen darin, zu glauben, seinen Glauben zu wechseln oder ihn abzulehnen. Der Menschenrechtsaktivist und ehemalige Vorsitzende der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA), Thomas Schirrmacher, sieht darin eine zentrale Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben.

„Wo Religionsfreiheit anerkannt wird, ist der Frieden massiv gestärkt“, sagte der Präsident des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (IIRF) im Interview mit der „Welt“. Staaten, die dieses Grundrecht schützen, ermöglichten Glaubensgemeinschaften, ihre Unterschiede argumentativ statt gewaltsam auszutragen. Toleranz verhindere zudem, dass religiöse Gruppen in Widerstand und Radikalisierung gedrängt würden.

Zwang erzeugt keine Glaubensbindung

Nach Schirrmachers Einschätzung gilt etwa die Hälfte aller Staaten als grundsätzlich frei. In der anderen Hälfte lebe jedoch die Mehrheit der Weltbevölkerung. Besonders gravierend sei die Lage dort, wo Menschen wegen ihres Glaubens, eines Religionswechsels oder öffentlicher Kritik verfolgt werden.

Der Menschenrechtler verweist auf Gewalt im Herzen Afrikas. Dort seien innerhalb eines Jahres fast 6.000 Christen getötet worden, die nicht an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt gewesen seien. Auch Tausende Muslime seien extremistischen Gruppen zum Opfer gefallen. Christliche Minderheiten seien häufig besonders gefährdet, weil sie weniger Möglichkeiten zur militanten Gegenwehr hätten.

Religiöser Zwang bewahre einen Glauben nicht, sondern beschädige ihn, argumentiert Schirrmacher außerdem. Wer Überzeugungen mit Gewalt oder Drohungen absichere, erzeuge äußerliche Anpassung, aber keine echte Glaubensbindung. Religionsfreiheit sei deshalb auch eine „Respektsbekundung“ vor dem Gewissen und der innersten Überzeugung jedes Menschen.

Deutschland: Zwei Tierskulpturen antisemitisch beschmiert

Im Großen Tiergarten in Berlin haben Unbekannte zwei Tierskulpturen mit antisemitischen Parolen beschmiert. Der Staatsschutz ermittelt, nachdem Passanten die Schmierereien gemeldet hatten.

Unbekannte haben in Berlin im Großen Tiergarten zwei Tierskulpturen mit antisemitischen Parolen beschmiert. Passanten entdeckten die roten Schriftzüge am Dienstagmorgen, und alarmierten die Polizei. Der Polizeiliche Staatsschutz des Landeskriminalamts hat die Ermittlungen übernommen, wie es in einer Mitteilung der Polizei hieß.

Bei den Tierskulpturen handelt es sich um einen Bären und einen Stier. Auf beide Figuren wurden zwei Sprüche mit roter Farbe geschmiert. Die Farbe wurde vermutlich am Vortag oder in der Nacht aufgetragen. Die Einsatzkräfte machten die Schriftzüge zunächst mit Sprühkreide unkenntlich. Eine professionelle Entfernung soll folgen.

Die Berliner Polizei spricht von Farbschmierereien mit „volksverhetzendem Inhalt“. Den Wortlaut der Parolen veröffentlicht sie nicht. Ob und wer tatverdächtig ist, ist bislang nicht bekannt.

www.jesus.de

Frankreich: Frankreichs Bischöfe stärken katholische Kliniken

Sterbehilfe

(PRO) Frankreichs katholische Bischöfe haben „katholisch geprägte Gesundheitseinrichtungen“ dazu aufgerufen, keine aktive Sterbehilfe und keinen assistierten Suizid in ihren Häusern zu ermöglichen. In einem offenen Brief sichern sie den Verantwortlichen ihre Unterstützung zu.

Ein neues Gesetz, das voraussichtlich im Januar 2027 in Kraft tritt, erlaubt Erwachsenen mit schweren, unheilbaren und schmerzhaften Erkrankungen unter bestimmten Voraussetzungen den Zugang zu tödlichen Medikamenten. Können Betroffene diese nicht selbst einnehmen, darf eine Person ihrer Wahl, ein Arzt oder eine Pflegekraft helfen. Je nach Ausführung handelt es sich um assistierten Suizid oder aktive Sterbehilfe.

Die Bischöfe bewerten das neue „Sterbehilfegesetz“ als einen schweren Bruch mit der bisherigen Tradition medizinischer Versorgung. Pflege und Medizin hätten den Auftrag, Leid zu lindern und Menschen bis zum natürlichen Tod zu begleiten, nicht aber den Tod herbeizuführen.

Für katholische Einrichtungen besteht jedoch ein rechtlicher Spielraum: Der französische Verfassungsrat stellte im August klar, dass private Träger Sterbehilfe in ihren Räumen ablehnen können, wenn sie ihrem Leitbild oder Satzungszweck offensichtlich widerspricht. Voraussetzung ist, dass sterbewillige Betroffene vor Ort Zugang zu einer anderen Einrichtung haben.

Die Bischöfe fordern die Einrichtungen deshalb auf, Satzungen, Leitbilder und Geschäftsordnungen zügig anzupassen. Sie sollen den vom Verfassungsrat gewährten Schutz rechtlich belastbar nutzen können.

Indonesien: Ein muslimisches Land mit einer aktiven Kirche

Indonesien ist das viertbevölkerungsreichste Land der Welt und das größte muslimische Land. Doch der dort praktizierte Islam reicht von der vorherrschenden „volkstümlichen“ Form (eine Mischung aus traditionellem Islam, Animismus und Aberglauben)
bis hin zu vereinzelten extremistischen Strömungen, die zu Gewalt gegen Christen aufstacheln können. Eine Provinz hat sogar die Scharia eingeführt. Das nationale Recht ist jedoch von religiöser Toleranz geprägt.
Als riesiger Archipel mit Tausenden von Inseln verfügt Indonesien über Hunderte von ethnischen Gruppen und Hunderte von Sprachen. Neben der muslimischen Mehrheit gibt es eine Vielzahl von Minderheiten, die anderen Religionen angehören, darunter auch diejenigen, die sich als Christen bekennen – 13 % der Bevölkerung. Die Bürger genießen offiziell Religionsfreiheit, und es gibt keine Gesetze gegen die Konversion; doch wenn Menschen mit muslimischem Hintergrund zum Christentum übertreten, können sie in ihren Familien und Gemeinschaften schwerer Verfolgung ausgesetzt sein. Indonesien hat in den letzten siebzig Jahren ein starkes Wachstum der Gemeinden erlebt und verfügt über einige gute christliche Einrichtungen, darunter Krankenhäuser, Schulen und Bibelschulen. Nicht nur in Indonesien, sondern auf der ganzen Welt sind indonesische Missionare tätig, die die Frohe Botschaft von Jesus Christus verbreiten.

WORLDNEWS 335 Bridgeway Publications vom 15. Oktober 2026/ AKREF

Iran: Anhaltende Hinrichtungswellen und willkürliche Festnahme

IGFM-Bericht vom 10. November 2026

Berichtszeitraum: 27. Oktober bis 9. Nov. 2026 - Allgemeine Lage - In den vergangenen zwei Wochen war der Iran von einer anhaltenden Hinrichtungswelle und einer sich weiter verschärfenden Wirtschaftskrise geprägt. Am 8. November wurden drei weitere Männer hingerichtet, die im Zusammenhang mit den Protesten im Januar festgenommen und in Karaj zum Tode verurteilt worden waren. Auch die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich weiter: Die Inflationsrate erreichte im Oktober 88,7 Prozent p.a.. Steigende Lebensmittelpreise und der Wertverlust der Landeswährung bringen immer mehr Familien in finanzielle Not. Der folgende Bericht gibt einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen im Iran vom 27. Oktober bis zum 9. November 2026.

Opfer der Islamischen Republik: Gewalt und Todesfälle

Babak Sadeghi Mohseni, geboren 1994 in Hamadan, wurde am Abend des 9. Januar 2026 in Teheran erschossen. Seine Leiche wurde fünf Tage später im engsten Verwandtenkreis beigesetzt. Er war Natur– und Musikliebhaber und begeisterter Bergsteiger.

Golsa Sharifi, eine 19-jährige Studentin aus Abadeh in der Provinz Fars mit Wohnsitz in Yazd, wurde am 9. Januar 2026 während der Volksproteste in der Provinz Yazd getötet und anschließendin ihrer Heimatstadt beigesetzt.

Der 15-jährige Schüler **Mostafa Fallahi** aus Azna in der Provinz Lorestan wurde am 1. Januar 2026 durch einen direkten Schuss aus einer Militärwaffe getötet. Er gehörte zu den ersten Opfern des Massakers im Januar 2026.

Willkürliche Festnahmen und Hinrichtung:

Am 8. November wurden **Hassan Divband**, **Hamid Kazemi** und **Reza Zanganeh** wegen ihrer Teilnahme an den im Januar stattgefundenen Protesten in Karaj westlich von Teheran hingerichtet. Der Oberste Gerichtshof hatte zuvor beide Todesurteile bestätigt. Die drei Männer waren wegen „Beteiligung an Operationen für Israel, die Vereinigten Staaten und „feindliche Gruppen" gegen die nationale Sicherheit und die Interessen des Iran" zum Tode und zur Einziehung ihres Vermögens verurteilt worden.

Der 20-jährige **Abolfazl Sedaghat** wurde vom Revolutionsgericht in Maschhad wegen „Moharebeh“ – also „Feindschaft gegen Gott – zum Tode verurteilt. Ihm wurde der Zugang zu einem Anwalt seiner Wahl verwehrt. Am 30. Dezember 2025 war der 17-jährige **Arian Salahshour** aus Izeh in der Provinz Khuzestan festgenommen und an einen unbekannten Ort gebracht worden. Die Geschwister **Aban** und **Hassan Mousavi** wurden am 24. Februar 2026 von islamistischen Kräften in der Provinz Razavi-Khorasan in der Stadt Mashhad festgenommenund in das Vakilabad-Gefängnis in Mashhad überführt. Die IGFM hat erfahren, dass Aban Mousavi während ihrer Haft starkem psychischem Druck ausgesetzt war und mehrere Nervenzusammenbrüche erlitten hatte. Zudem wurde ihr eine notwendige Ultraschalluntersuchung und die erforderliche medizinische Untersuchung verweigert. Gegen die Geschwister wird in einem gemeinsamen Verfahren unter anderem der Vorwurf „Moharebeh” (Krieg gegen Gott) erhoben. Bislang hat noch keine Gerichtsverhandlung stattgefunden und ihnen wurde keine Freilassung gegen Kaution gewährt. Mehr als acht Monate nach ihrer Festnahme befinden sie sich weiterhin im Vakilabad-Gefängnis in Mashhad.

Weitere Menschenrechtsverletzungen:

Der Leiter der Bildungsabteilung des Landkreises Khash in der Provinz Sistan und Belutschistan gab bekannt, dass in seinem Landkreis 590 Kinder identifiziert wurden, die keine Schule besuchen können. Einige von ihnen können ihre Ausbildung aus wirtschaftlichen Gründen, aufgrund großer Entfernungen zwischen Wohnort und Schule sowie sozialer Probleme nicht fortsetzen. Laut einem Bericht des Statistikzentrums der Menschenrechtsaktivisten im Iran haben im Jahr 2025 mindestens eine Million Schülerinnen und Schüler im Land die Schule abgebrochen. Artin Kamali, der Generaldirektor für Rechtsmedizin der Provinz Alborz, gab bekannt, dass zwischen März und Ende September 164 Menschen bei Verkehrsunfällen in der Provinz ums Leben kamen und 5.469 Menschen verletzt wurden. 92 starben bei Unfällen auf Überlandstraßen, 69 in der Stadt und drei auf Landstraßen. Im Iran sind die Straßen oft im schlechten Zustand, viele Fahrzeuge sind mit niedrigem Standard und minimaler Sicherheitsausstattung ausgestattet. Auch die öffentliche Ordnung ist mangelhaft und die Verkehrspolizei führt unzureichende Kontrollen durch.

Kenia: Sektenführer zu 200 Jahren Haft verurteilt

Paul Mackenzie wird die Ermordung von 191 Menschen zur Last gelegt

Mombasa (IDEA) – In Kenia ist der Sektenführer Paul Nthenge Mackenzie zu insgesamt 200 Jahren Haft verurteilt worden. Das Strafmaß wurde am 6. November in Mombasa verkündet, nachdem das Gericht den Prediger bereits am 19. Oktober schuldig gesprochen hatte. Mackenzie wird für den Mord an 191 Menschen bestraft – 190 Kindern und einem Erwachsenen. Das jüngste Opfer war laut der Zeitung „Mount Kenya Times“ ein zwölf Tage alter Säugling. Neben Mackenzie wurden einem Bericht des kenianischen Staatssenders KBC (Kenya Broadcasting Corporation) zufolge 28 weitere Angeklagte verurteilt. 15 von ihnen erhielten jeweils 160 Jahre Haft, zehn weitere 140 Jahre, ein Verurteilter 100 Jahre. Zwei Angeklagte wurden zu je zehn Jahren Haft verurteilt. Einer der beiden hatte sich als einziger Angeklagter zu den Taten bekannt und um eine mildere Strafe gebeten. Die Staatsanwaltschaft hatte die Todesstrafe gefordert. Die zuständige Richterin Diana Kavedza entschied sich dagegen und begründete dies laut der „Mount Kenya Times“ damit, dass eine lange Haftstrafe gewährleiste, dass die Verurteilten nachhaltig für ihre Taten Verantwortung übernehmen müssten. Zugleich bestehe dadurch weiterhin die Möglichkeit, dass sie den Verbleib von Kindern offenlegten, deren Überreste noch nicht geborgen worden seien. Allerdings ist der Vollzug der Todesstrafe derzeit ohnehin ausgesetzt. Mackenzies Verteidiger hatte bereits im Oktober angekündigt, Berufung einzulegen. Zudem muss sich sein Mandant in einem separaten Verfahren wegen 52 weiterer Todesfälle verantworten, die ihm zur Last gelegt werden.

Sekte isolierte Anhänger und ließ Kinder verhungern

Im April 2023 waren im Ort Shakahola im Südosten Kenias zahlreiche Leichen entdeckt worden. Die kenianische Menschenrechtskommission (KNCHR) beziffert die Zahl der bisher geborgenen Toten laut der „Mount Kenya Times“ auf 448. Die Mordanklage beschränkte sich jedoch auf 191 konkrete Fälle. Kavedza hatte bereits bei der Verkündung des Schuldspruchs im Oktober festgestellt, dass die Todesfälle aus einem System resultierten, in dem religiöse Lehren und eine strenge Hierarchie dazu dienten, tödliches Fasten unter Mackenzies Anhängern anzuordnen und durchzusetzen. Der frühere Taxifahrer habe das bevorstehende Ende der Welt gepredigt, moderne Medizin und formale Bildung abgelehnt, Anhänger von der Außenwelt isoliert und Fasten als Mittel propagiert, in den Himmel zu gelangen. Die Anklage legte Beweise dafür vor, dass Kinder gefangen gehalten, ihnen Nahrung verweigert und sie bestraft worden seien, wenn sie versucht hätten, zu essen oder zu fliehen. Zeugen beschrieben, wie sie das Leiden und Sterben von Geschwistern und anderen Minderjährigen mitansehen mussten. Die Verteidigung hatte argumentiert, die Opfer hätten aus religiöser Überzeugung freiwillig gefastet. Das Gericht wies dies zurück. Kavedza stellte fest, dass das Fasten kein freiwilliges religiöses Unterfangen gewesen sei, sondern durch ein System aus Indoktrination, Einschüchterung und Gewalt erzwungen worden sei.

Debatte über Kontrolle religiöser Gemeinschaften

Der Fall hat laut der „Mount Kenya Times“ eine Debatte über eine strengere Kontrolle religiöser Gemeinschaften in dem ostafrikanischen Land ausgelöst. Es sei insbesondere fraglich, wieso Mackenzie erst 2023 angeklagt worden sei, obwohl dessen Aktivitäten bereits 2017 die Aufmerksamkeit der Polizei erregt hätten. Der kenianische Senat hatte bereits im Oktober 2023 einen Untersuchungsbericht zu den Vorgängen in Shakahola und zur Rolle der zuständigen Sicherheitsbehörden veröffentlicht. Ein Gesetzentwurf zur stärkeren Regulierung religiöser Organisationen wurde jedoch nach dem Widerstand zahlreicher Kirchen und Religionsgemeinschaften zurückgezogen. Rund 79 Prozent der etwa 58 Millionen Einwohner Kenias sind Christen, zehn Prozent Muslime.

Kongo (DR): Lubumbashi - Erneute Angriffe auf kirchliche Einrichtungen

Protestmarsch für das Priesterseminar „San Paolo“ verschoben

Kinshasa (Fides) – „Wir wollen den Behörden Zeit geben, die Angelegenheit friedlich zu lösen, wie sie es versprochen hatten.“ Dies erklärte Monsignore Fulgence Muteba, Erzbischof von Lubumbashi, während der Eucharistiefeier am Sonntag, dem 8. November, als er die Verschiebung des ursprünglich für den 9. November geplanten Protestmarsches ankündigte, der von der Erzdiözese organisiert worden war, um eine Lösung für einen langjährigen Streit um das interdiözesane Priesterseminar „San Paolo“ im Stadtteil Tshamalale der Gemeinde Annexe in Lubumbashi zu fordern.

„Sollten die Behörden ihr Versprechen nicht einhalten, werden wir noch stärker und noch zahlreicher wiederkommen“, fügte der Erzbischof hinzu.

Die Demonstration sollte die Stadtverwaltung von Lubumbashi dazu bewegen, das Urteil umzusetzen, das den Abriss der widerrechtlich errichteten Bauten auf dem dem interdiözesanen Priesterseminar „San Paolo“ in Tshamalale überlassenen Grundstück anordnet.
Die Kirche macht geltend, seit 1976 Inhaberin der Landkonzession zu sein und mehrere gerichtliche Urteile zu ihren Gunsten erwirkt zu haben, ohne jedoch deren Vollstreckung erreichen zu können.

Laut einer Mitteilung der Erzdiözese Lubumbashi waren Seminaristen, Ordensmänner, Ordensfrauen und katholische Gläubige zur Teilnahme an dem friedlichen Marsch eingeladen worden.
Der Zug sollte von der Kathedrale der Heiligen Petrus und Paulus aus starten und vor dem Rathaus von Lubumbashi enden.

Der Streit um das Seminar ist Teil eines größeren Kontextes von Spannungen und Gewalttaten, von denen in letzter Zeit der Klerus und verschiedene kirchliche Einrichtungen der Erzdiözese betroffen waren.

Gerade am Sonntag, dem 8. November, drangen etwa zwanzig unbekannte Männer in Uniform in das Internat IMA Kafubu ein, das etwa 12 Kilometer südlich von Lubumbashi im Gebiet Kipushi in der Provinz Haut-Katanga liegt. Die Angreifer nahmen den Studienpräfekten ins Visier und entwendeten verschiedene Wertgegenstände.

Einer kirchlichen Quelle zufolge haben die Angreifer Don Odorick Lenge, den Studienpräfekten der Einrichtung, brutal angegriffen, um sich anschließend Zugang zu verschiedenen Räumen zu verschaffen und Wertgegenstände mitzunehmen. Der Priester wurde aufgrund der Verletzungen und des Schocks ins Krankenhaus eingeliefert.

Bereits Ende Oktober hatte Monsignore Muteba, der auch das Amt des Vorsitzenden der Nationalen Bischofskonferenz des Kongo (CENCO) innehat, den Einbruch bewaffneter Personen in die Pfarrei Notre-Dame de la Paix im Stadtteil Gécamines in Lubumbashi angeprangert.

Nach Aussagen von Gläubigen waren in der Nacht vom 26. auf den 27. Oktober mehrere mit Gewehren und Macheten bewaffnete Männer in das Pfarrhaus eingedrungen und hatten die anwesenden Priester brutal angegriffen. Auch der Hausmeister wurde schwer verletzt und ins Krankenhaus eingeliefert.

(L.M.) (Fides 10/11/2026)

Libyen: IS-Kämpfer töten ägyptischen Christen in Libyen

Nach Angaben von Open Doors und ICC wurde der 20-jährige Diakon Milad Malak von IS-Kämpfern verschleppt und getötet. Zwei freigelassene muslimische Freunde berichten, er habe sich geweigert, zum Islam zu konvertieren.

Der 20-jährige ägyptische Christ Milad Malak ist in Libyen getötet worden. Nach Angaben des Hilfswerks Open Doors und der Organisation International Christian Concern (ICC) wurde er von Kämpfern des „Islamischen Staats“ (IS) verschleppt und getötet, nachdem er sich geweigert hatte, seinem Glauben abzuschwören.

Malak war Diakon an einer koptisch-orthodoxen Kirche in Sebarbay im Nildelta nördlich von Kairo. Im September reiste er demnach mit zwei muslimischen Freunden aus seinem Dorf nach Libyen, um Arbeit zu finden. In der Küstenstadt Zliten wurden die drei nach ICC-Angaben am 4. Oktober verschleppt. Laut Open Doors war Malak der einzige Christ unter den verschleppten ägyptischen Arbeitern. Seine beiden Freunde berichteten, die Entführer hätten ihn über mehrere Tage gefoltert und bedroht, um ihn zum Islam zu bewegen. Er habe jede Forderung abgelehnt.

Lösegeld für Freiheit

Die beiden Freunde kamen frei, nachdem ihre Familien laut Berichten 4.700 US-Dollar gezahlt hatten. Ob und wofür auch Malaks Familie ein Lösegeld zahlte, geht aus den Berichten nicht eindeutig hervor. Malaks Familie erfuhr demnach durch die Freunde vom Tod des jungen Mannes und bat die ägyptische Regierung, sich für die Überführung des Leichnams einzusetzen.

Der Fall erinnert an 2015: Damals enthaupteten IS-Kämpfer an einem Strand in Libyen 20 ägyptische Kopten und einen ghanaischen Christen, nachdem sie eine letzte Aufforderung zur Abkehr vom Glauben abgelehnt hatten. Der IS veröffentlichte ein Video der Tat.

Libyen steht laut Open Doors auf Platz 9 des Weltverfolgungsindex. Seit dem Sturz Gaddafis 2011 herrschen in dem Land Chaos und Bürgerkrieg, seit 2014 ist es zwischen rivalisierenden Regierungen geteilt. Viele Ägypter suchen dort seit Jahren Arbeit.

www.jesus.de

Mosambik: Fünf Monate nach der Ermordung des Bischofs dauern die Ermittlungen zu seinem Tod an

Quelimane (Fides) – Im Rahmen der Ermittlungen zum Mord an Osório Citorra Afonso, dem ehemaligen Bischof der Diözese Quelimane in Mosambik, der am 6. Juni dieses Jahres in seiner Bischofsresidenz ermordet wurde, befinden sich derzeit fünf Personen in Haft. Nach Angaben der Justizbehörden gehören zu den in das Verfahren verwickelten Personen zwei Priester, ein Wachmann der Diözese Quelimane und zwei Zivilisten, die derzeit im Provinzgefängnis von Zambezia inhaftiert sind.

Die Ermittlungen werden fortgesetzt, um die Umstände des Mordes zu rekonstruieren und die Täter zu ermitteln, die fünf Monate nach dem Vorfall noch immer nicht identifiziert sind. In der Zwischenzeit hat die Provinzstaatsanwaltschaft von Zambézia Stellung genommen, um einige Informationen zu klären, die in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit und in sozialen Netzwerken im Zusammenhang mit den Ermittlungen kursierten. In einer über ihre Abteilung für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit verbreiteten Mitteilung stellt die Justizbehörde klar, dass der derzeitige apostolische Administrator der Diözese Quelimane, Estêvão Ângelo Fernando, nicht zu den Beschuldigten in dem Verfahren gehört. Der Prälat wurde im Rahmen der Ermittlungsmaßnahmen vernommen, jedoch ausschließlich in seiner Eigenschaft als Person, die Kenntnis von Umständen hat, die zur Rekonstruktion des Sachverhalts beitragen könnten.

Die Staatsanwaltschaft bekräftigt, dass sich das Verfahren noch in der Ermittlungsphase befindet und dass die gesetzlich vorgesehenen Ermittlungsmaßnahmen laufen, die darauf abzielen, den Sachverhalt zu klären und die notwendigen Beweismittel zu sammeln, um den Vorfall vollständig aufzuklären. Angesichts der Verbreitung von Nachrichten und Gerüchten ruft die Justiz die Bevölkerung zur Gelassenheit und Besonnenheit auf und bittet darum, die Verbreitung unbestätigter Informationen zu vermeiden, die den ordnungsgemäßen Ablauf der Ermittlungen beeinträchtigen könnten.

Die Angelegenheit löst in der katholischen Kirche in Mosambik weiterhin Trauer und Bestürzung aus. Am vergangenen 3. November hätte Bischof Osório den 24. Jahrestag seiner Priesterweihe gefeiert. An diesem Jahrestag gedachte die kirchliche Gemeinschaft seines großzügigen „Ja“ zum Ruf Gottes, seiner Hilfsbereitschaft und seiner Hingabe, mit der er das ihm anvertraute Volk Gottes begleitet hat.

Sein Lächeln und das Zeugnis eines Lebens, das er im Dienst der Kirche und der christlichen Gemeinschaften verbracht hat, bleiben in der Erinnerung all jener lebendig, die seinem Dienst begegnet sind. Die Kirche in Mosambik gedenkt dem Prälaten weiterhin, vertraut sein Leben dem Herrn an und hofft, dass die Ermittlungen die Umstände seines Todes vollständig aufklären können.

(AP) (Fides 6/11/2026)

Niger: Vertreibungen und Unsicherheit

Die Herausforderung für die kleine katholische Gemeinschaft

Niamey (Fides) – Verlassene Dörfer, geschlossene Kirchen, zur Flucht gezwungene Gläubige und Priester, die ihre Gemeinden nicht mehr erreichen können. Das Vordringen dschihadistischer Gruppen in der Sahelzone gefährdet die Präsenz der kleinen katholischen Gemeinschaft in Niger, insbesondere in den Regionen, die der Gewalt am stärksten ausgesetzt sind.

In einem Land mit etwa 27 bis 29 Millionen Einwohnern, das überwiegend muslimisch ist, stellen die Christen eine winzige Minderheit dar. Laut Open Doors, der christlichen Hilfsorganisation, die Christen unterstützt, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden, gibt es etwa 75.000 Christen, während die Zahl der Katholiken zwischen 25.000 und 50.000 liegt, die sich vor allem auf die Erzdiözese Niamey und die Diözese Maradi konzentrieren.

In den letzten Jahren hat sich die Sicherheitslage erheblich verschlechtert. In der westlichen Region Tillabéri, im Dreiländereck zwischen Niger, Mali und Burkina Faso, ist vor allem der Islamische Staat im Sahel (IS-Sahel) aktiv, während in der östlichen Region Diffa Boko Haram und der Islamische Staat der Provinz Westafrika (ISWAP) operieren. Die Verschlechterung der Lage wurde durch den Staatsstreich im Juli 2023 (siehe Fides, 27.7.2023) und den Rückgang der internationalen militärischen Zusammenarbeit noch verschärft.

Die Folgen für die Christen sind schwerwiegend: Gotteshäuser werden angegriffen oder geschlossen, Gläubige getötet oder entführt und ganze Gemeinden zur Flucht gezwungen. Eine lokale Quelle berichtete im Jahr 2025, dass etwa 15.000 Katholiken – bei einer geschätzten Gesamtzahl von 50.000 Menschen – ihre Dörfer verlassen haben, vor allem in Tillabéri. In einigen Gebieten können Priester nicht mehr dauerhaft ansässig sein, und das Leben der Gemeinden liegt in den Händen der Laien, die die Wortgottesdienste leiten.

Trotz der Schwierigkeiten unterstützt die Kirche die Bevölkerung weiterhin. Caritas Niger unterstützt gemeinsam mit Catholic Relief Services und anderen Organisationen Vertriebene und Flüchtlinge, sowohl Christen als auch Muslime, und versorgt sie mit Lebensmitteln, Unterkünften und medizinischer Versorgung. Neben dem humanitären Engagement wird auch der interreligiöse Dialog weitergeführt. Der Erzbischof von Niamey, Laurent Djalwana Lompo, fordert Christen und Muslime immer wieder dazu auf, sich als „Brüder in Gott und in der Menschlichkeit“ anzuerkennen. In diese Richtung wirkt auch das Komitee für inter- und intrareligiösen Dialog (CDIR), das Vertreter verschiedener Konfessionen zusammenbringt und bereits dazu beigetragen hat, die Spannungen während der Gewalttaten im Jahr 2015 abzubauen (siehe Fides, 21.1.2015). Die Kirche fördert zudem die Ausbildung junger Menschen und beteiligt sich an regionalen Friedensinitiativen.

Obwohl Niger nicht das Land mit der absolut höchsten Zahl christlicher Opfer ist, ist es im Verhältnis zur Größe seiner katholischen Gemeinschaft besonders stark betroffen. Die Entvölkerung der Dörfer und der Verlust von Gläubigen drohen, die kirchliche Präsenz in ganzen Landesteilen zu gefährden.

In einem von Dschihadismus, Armut und humanitärer Krise geprägten Kontext setzt die Kirche weiterhin auf Solidarität und den Dialog zwischen den Religionen, in der Überzeugung, dass die Brüderlichkeit zwischen Christen und Muslimen ein grundlegender Weg ist, um Gewalt entgegenzuwirken und Frieden zu schaffen.

(AP) (9.11.2026)

Nigeria: Auf der Flucht vor Terroristen

Lydia überlebt

Lydia* und ihre Familie mussten fliehen, als Dschihadisten ihr Dorf angriffen. Zunächst suchten sie Schutz in den Bergen. Danach im Wald. Doch egal, wo sie landeten: Nach kurzer Zeit kamen die bärtigen Männer. Sie fuhren in ihren Jeeps an und schossen wild um sich.

Lydia erinnert sich: «Ich hatte wahnsinnige Angst. Wir legten uns auf den Boden, schrien und flehten Gott an, uns vor den Kugeln zu beschützen.»

Lydia und die anderen Flüchtlinge überstanden die Angriffe. Schliesslich erreichten sie ein sicheres Flüchtlingslager. Die junge Frau sagt mit hörbar gezeichneter Stimme: «Ich bin Gott so dankbar, dass ich all das überlebt habe!»

Im Norden Nigerias werden Christen und moderate Muslime fast täglich von islamistischen Gruppen angegriffen. Allein im vergangenen Jahr wurden rund 3500 Christen von Terroristen und Kriminellen getötet. Es ist nicht nur ein ethnischer Konflikt: Sowohl die Volksgruppe wie auch die Religion spielen bei den Angriffen eine grosse Rolle.

Die HMK unterstützt verfolgte Christen aus dem Norden Nigerias zum Beispiel durch Bildungsprogramme, Kleinstkredite oder Traumakurse. Ausserdem pflegt sie Kontakt zu politischen Kreisen mit dem Ziel, die Sicherheit der Christen zu verbessern.

Nigeria: Priester bewusstlos geschlagen

Anderer Priester freigelassen

Die Angriffe auf christliche Führungspersönlichkeiten in Nigeria halten an: Ein katholischer Priester wurde letzte Woche angegriffen, und ein weiterer, der im Oktober entführt worden war, wurde wenige Tage später freigelassen.

Im Bundesstaat Benue in Zentralnigeria griffen mutmaßliche Fulani-Bewaffnete am 6. November Peter Kwen in der Gegend von Zaki Biam an, sagte der Anwohner Titus Kaase. Der Priester der katholischen Diözese Gboko sei auf der Straße von Makurdi nach Zaki Biam in einen Hinterhalt geraten, so Kaase.

„Peter Kwen, wurde gegen Mitternacht in Zaki Biam von Bewaffneten, bei denen es sich vermutlich um Fulani-Banditen handelte, angegriffen, als er aus der Stadt Makurdi zurückkehrte“, berichtete Kaase gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Er wurde verletzt, verlor das Bewusstsein und wurde von seinen Angreifern am Straßenrand zurückgelassen. Trotz dieser schmerzhaften und traumatischen Erfahrung danken wir dem allmächtigen Gott dafür, dass er sein Leben verschont hat. Wir beten für seine rasche Genesung, göttlichen Schutz und neue Kraft.“

Der Angriff folgte auf die Entführung von Pfarrer John Inalegwu Otache aus der katholischen Diözese Otukpo, ebenfalls im Bundesstaat Benue, am 13. Oktober entlang der Straße von Otobi Amejo nach Ajegbe. Er wurde am 18. Oktober freigelassen.

Pfarrer Joseph Itodo, Kanzler der Diözese Otukpo, sagte, die Freilassung des Priesters sei das Ergebnis der Gebete der Christen und göttlichen Eingreifens gewesen.

„Während wir Gott alle Ehre erweisen, spricht der Bischof der katholischen Diözese Otukpo, der Hochwürdigste Michael Ekwoyi Apochi, allen Priestern, Ordensleuten, gläubigen Laien der Diözese und allen Menschen guten Willens seinen aufrichtigen Dank aus für ihre Solidarität und ihre inbrünstigen Gebete, die zur sicheren Rückkehr unseres Bruders geführt haben“, erklärte Itodo in einer Stellungnahme. „Während wir weiterhin das Leben zahlreicher anderer Menschen, die von kriminellen Banden in verschiedenen Teilen des Landes gefangen gehalten werden, dem Herrn anvertrauen, damit sie sicher befreit werden, beten wir, dass Gott uns vor allem Bösen bewahren und unserem Land Nigeria wieder Vernunft schenken möge.“

Katholische und protestantische Geistliche waren in den vergangenen sieben Jahren bei der Zunahme von Entführungen von Zivilisten häufig das Ziel. Von Oktober 2019 bis September 2025 wurden in Nigeria 34.773 Zivilisten entführt, und es gab 4.590 Angriffe mit Entführungen – durchschnittlich zwei Angriffe pro Tag, bei denen Menschen entführt wurden, wie aus einem Bericht des International Institute for Religious Freedom (IIRF) und des Observatory of Religious Freedom in Africa (ORFA) hervorgeht.

Dem Bericht zufolge starben 73 Prozent der entführten Zivilisten oder wurden bei den Angriffen auf ihre Gemeinden vermisst. Der Bericht fügte hinzu, dass die Entführungen in den letzten drei Monaten des Jahres 2025 im Vergleich zum gleichen Quartal des Jahres 2024 um 153 Prozent zugenommen haben (von 1.352 auf 3.427).

„Das vierte Quartal 2025 ist das schlimmste Quartal hinsichtlich Tötungen und Entführungen in den sieben Jahren, in denen ORFA Beobachtungen durchführt“, heißt es in dem Bericht.

Von den 42.033 Zivilisten, die in diesem Sechsjahreszeitraum getötet wurden, waren laut dem Bericht 22.835 Christen und 10.519 Muslime.

Während die religiöse Komponente solcher Angriffe oft übersehen wird, heißt es in einem Bericht von Open Doors auf der Grundlage der ORFA-Daten, dass die Zahlen nicht belegen, dass die religiöse Identität der einzige Grund für jeden Angriff war. Die Motive der bewaffneten Gruppen waren oft vielfältig, und die religiöse Identität einiger Opfer konnte nicht bestätigt werden.

Der Bericht beschreibt Konflikte, die von religiösen, ethnischen, wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren geprägt sind und an denen militante Fulani-Gruppen sowie die islamistischen Rebellengruppen Boko Haram und die „Islamic State West Africa Province“ (ISWAP) beteiligt sind.

Laut der „World Watch List 2026“ von Open Doors wurden vom 1. Oktober 2024 bis zum 30. September 2025 in Nigeria mehr Christen getötet als in jedem anderen Land. Von den 4.849 Christen, die in diesem Zeitraum weltweit wegen ihres Glaubens getötet wurden, waren 3.490 – 72 Prozent – Nigerianer, ein Anstieg gegenüber 3.100 im Vorjahr.

Nigeria belegte Platz 7 auf der WWL-Liste der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

Die überwiegend muslimischen Fulani, deren Zahl in Nigeria und der Sahelzone in die Millionen geht, umfassen Hunderte von Clans mit vielen verschiedenen Abstammungslinien, die keine extremistischen Ansichten vertreten; einige Fulani bekennen sich jedoch zu einer radikalislamistischen Ideologie, wie die britische Allparteien-Parlamentsgruppe für internationale Glaubensfreiheit (APPG) in einem Bericht aus dem Jahr 2020 feststellte.

„Sie verfolgen eine Strategie, die mit der von Boko Haram und ISWAP vergleichbar ist, und zeigen eine klare Absicht, Christen und wichtige Symbole christlicher Identität ins Visier zu nehmen“, heißt es in dem APPG-Bericht.

Christliche Führer in Nigeria äußerten die Ansicht, dass die Angriffe von Viehhirten auf christliche Gemeinden im „Middle Belt“ Nigerias durch deren Bestreben motiviert seien, das Land der Christen gewaltsam zu übernehmen und den Islam durchzusetzen, da es ihnen aufgrund der Wüstenbildung schwerfällt, ihre Herden zu ernähren.

In der nordzentralen Zone des Landes, in der Christen häufiger anzutreffen sind als im Nordosten und Nordwesten, greifen islamistische Fulani-Milizen laut dem Bericht Bauerngemeinden an und töten dabei viele Hunderte Menschen, vor allem Christen. Dschihadistische Gruppen wie Boko Haram und die Splittergruppe ISWAP sind unter anderem auch in den nördlichen Bundesstaaten des Landes aktiv, wo die Kontrolle der Bundesregierung kaum vorhanden ist und Christen sowie ihre Gemeinden weiterhin Ziel von Überfällen, sexueller Gewalt und Morden an Straßensperren sind, so der Bericht. Entführungen zur Erpressung von Lösegeld haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen.

Die Gewalt hat sich auf die südlichen Bundesstaaten ausgeweitet, und im Nordwesten ist eine neue dschihadistische Terrorgruppe namens Lakurawa entstanden, die mit modernem Waffenarsenal ausgestattet ist und eine radikal-islamistische Agenda verfolgt, wie die WWL feststellte. Lakurawa steht in Verbindung mit der expansionistischen Al-Qaida-Rebellengruppe Jama’a Nusrat ul-Islam wa al-Muslimin (JNIM), die ihren Ursprung in Mali hat.

https://morningstarnews.org/2026/11/priest-left-unconscious-in-attack-in-benue-state-nigeria/

Nordkorea: Wie geht es den Christen in den Arbeitslagern?

Bitte betet weiterhin für die Gläubigen in Nordkorea, dem für Christen schwierigsten Land der Welt.

Die Zahl der in Gefängnissen inhaftierten Christen sowie ihrer Angehörigen aus der unmittelbaren und erweiterten Familie wird auf 30.000 bis 70.000 geschätzt. Die Gefängnisse sind faktisch Sklavenarbeitslager. Bekannte Christen in diesen Lagern sind besonders grausamen Folterungen ausgesetzt und werden oft zu Tode geschunden und ausgehungert.

Barnabas Aid / WORLDNEWS 335 Bridgeway Publications /AKREF

Österreich: Red Week

Ein sichtbares Zeichen für verfolgte Christen. Solidarität zeigen - gemeinsam beten

(Kirche in Not) Den Gottesdienst besuchen. Mit den Kindern beten. Sich offen zu Christus bekennen. Was für uns selbstverständlich ist, kann für Christen in anderen Ländern Ausgrenzung, Gewalt oder Lebensgefahr bedeuten.

Diese Menschen sind unsere Glaubensgeschwister. Ihr Leid berührt uns. Mit der **Red Week vom 15. bis 22. November 2026** können wir gemeinsam auf ihre Not aufmerksam machen und für sie beten.

In Österreich und weltweit werden Kirchen, Klöster und öffentliche Gebäude rot beleuchtet. Das Rot erinnert an die Märtyrer, die wegen ihres Glaubens getötet wurden. Zugleich verbindet uns damit eine Botschaft an unsere bedrängten Glaubensgeschwister: **Wir sehen euer Leid. Wir beten für euch. Ihr seid nicht vergessen.**

Bereits 285 Anmeldungen in Österreich und es werden mehr

Hinter jeder Anmeldung stehen Menschen, die verfolgten Christen zur Seite stehen möchten. Österreichweit sind bereits **285 Pfarren, Klöster, Kirchen und weitere Einrichtungen** zur Red Week angemeldet.

Vielleicht leuchtet auch in Ihrer Nähe Hoffnung rot: Auf der **interaktiven Landkarte auf** www.redweek.at sehen Sie, welche Pfarren, Klöster und weiteren Einrichtungen an der Red Week teilnehmen. So finden Sie einen Teilnehmer in Ihrer Nähe, der mit roter Beleuchtung, einem Gebet oder einer Veranstaltung ein sichtbares Zeichen der Solidarität mit verfolgten Christen setzt.

Mehr Zeit für Gebet und Begegnung

Aus dem „Red Wednesday“ wird heuer die „Red Week“. Weil die Aktion wächst und immer mehr Menschen mitmachen, entsteht mehr Raum für eigene Ideen, Veranstaltungen und gemeinsames Gebet.

Auch Betroffene kommen zu Wort: **Erzbischof Bashar Warda aus Erbil** wird in Österreich über die Erfahrungen der Christen im Irak sprechen – über den Terror des „Islamischen Staats“, aber auch über ihren Glauben und ihre Hoffnung.

Paraguay: Kardinal Martínez - „Es sind tiefgreifende Veränderungen erforderlich,

um die durch die Liquidation der Ueno Bank ausgelöste Krise zu überwinden“

Asunción (Fides) – „Die Empörung, die Frustration und der Schmerz der Gesellschaft dürfen nicht ignoriert oder heruntergespielt werden“, warnt Kardinal Adalberto Martínez Flores, Erzbischof von Asunción, in einer Erklärung vom 7. November, die am Tag nach der Amtsenthebung und Festnahme von Präsident Santiago Peña im Zusammenhang mit dem Bankenskandal um die Liquidation der **Ueno Bank** veröffentlicht wurde (siehe Fides 5. und 6. November 2026).

„Diese Realität“, betont Kardinal Martínez, „drückt sich in den Stimmen und Gesichtern der jungen Menschen aus, die spontan die Demonstrationen in den Städten organisiert und angeführt haben und damit zweifellos den Verlauf der Ereignisse der letzten Tage beeinflusst haben.“

„Die Bankenkrise hat eine schwere soziale und politische Krise ausgelöst, die in der Amtsenthebung von Präsident Santiago Peña und der Übernahme des Präsidentenamtes durch Pedro Alliana gipfelte. Ebenso hat Antonio Barrios gemäß den Bestimmungen der nationalen Verfassung das Amt des Vizepräsidenten übernommen“, erinnert Kardinal Martínez. Der Kardinal betont zudem, dass beide Politiker bei ihrer Vereidigung und Amtsübernahme am 6. November „Gott um Weisheit und Demut bei der Regierungsführung gebeten haben“.

„Weisheit und Demut erfordern, ehrlich zu handeln. Das Vertrauen der Bürger in die Behörden und Institutionen der Republik wurde durch Korruption und Straflosigkeit schwer erschüttert“, heißt es in der Erklärung.

„Um das Vertrauen wiederherzustellen und Hoffnung zu wecken, ist es dringend erforderlich, dass die getroffenen Maßnahmen sowie die Ernennungen in der Regierung und an der Spitze der wichtigsten staatlichen Institutionen ein entschlossenes Bekenntnis zum Wandel widerspiegeln.“

Die Schließung der Konten bei der in den Skandal verwickelten Bank hatte verheerende soziale Auswirkungen. Unzählige Menschen standen plötzlich ohne Bargeld da, um ihre Grundbedürfnisse wie den Kauf von Lebensmitteln und Medikamenten sowie die Bezahlung von Rechnungen und Fahrkosten zu decken. Die von den Medien gesammelten Erfahrungsberichte schildern Situationen großer Not: ältere Menschen, die angeben, nur noch wenige Guaraní zur Verfügung zu haben, was etwa einem Dollar entspricht; Familien, die keine Medikamente für ihre Kinder kaufen können; Kleinunternehmer und Straßenhändler, deren für ihre Tätigkeit notwendiges Kapital eingefroren ist.

Besonders betroffen sind Arbeitnehmer und informell Beschäftigte, Kleinsparer und Kleinstunternehmer, die ihre Gehälter und ihr Kapital auf der digitalen Plattform angelegt hatten, sowie Rentner und ältere Menschen, die keinen Zugriff mehr auf ihre Konten haben.

(L.M.) (Fides-Agentur 9.11.2026)

Südsudan: Das Land auf dem Weg zu den ersten Wahlen seit der Staatsgründung -

zwischen politischem Wandel, Konflikten und humanitärer Krise

Juba (Fides) – Der Südsudan befindet sich an einem entscheidenden Wendepunkt seiner politischen Geschichte. Fünfzehn Jahre nach der 2011 errungenen Unabhängigkeit bereitet sich das Land auf seine ersten nationalen Wahlen vor, die für den 22. Dezember 2026 angesetzt sind. Ein entscheidender Meilenstein, um dem demokratischen Wandel neuen Schwung zu verleihen, der jedoch vor dem Hintergrund politischer Spannungen, Gewalt, wirtschaftlicher Schwierigkeiten und einer der schwerwiegendsten humanitären Krisen weltweit stattfinden wird.

Ob die Wahl ordnungsgemäß stattfinden und als glaubwürdig anerkannt werden kann, bleibt ungewiss. Mehrere internationale Beobachter haben ihre Besorgnis über das Risiko neuer Gewalttaten, Verschiebungen oder Anfechtungen der Ergebnisse zum Ausdruck gebracht, da es keine Fortschritte in den Bereichen Sicherheit, Wahlorganisation, Inklusivität und Umsetzung der Friedensabkommen gibt.
Im September 2026 löste Präsident Salva Kiir die Übergangsregierung auf und ernannte eine Interimsregierung. Die Wählerregistrierung soll in diesen ersten Novembertagen beginnen, doch die organisatorischen Schwierigkeiten sind beträchtlich: Es fehlt ein nationales Wählerverzeichnis, die Zeit ist knapp bemessen und die Wahlkommission (NEC) verfügt nicht über die erforderlichen Finanzmittel. Hinzu kommen Unsicherheit, infrastrukturelle Mängel und logistische Schwierigkeiten in einem weitläufigen und wenig entwickelten Gebiet.

Ein weiterer Streitpunkt ist Abyei, eine zwischen dem Sudan und dem Südsudan umstrittene Region, die Juba in die Wahlen im Dezember einbeziehen will. Khartum hat diese Entscheidung im Juli 2026 offiziell angefochten und sie als Verstoß gegen die bilateralen Abkommen gewertet. UN-Generalsekretär António Guterres hat die beiden Länder aufgefordert, den Streit im Rahmen des Gemeinsamen Politischen und Sicherheitsmechanismus beizulegen. Der Status des Gebiets ist seit 2011 ungeklärt.

Die Vereinten Nationen beobachten die Lage weiterhin durch die Mission der Vereinten Nationen im Südsudan (UNMISS), deren Mandat bis April 2027 verlängert wurde, und drängen auf politischen Dialog, Sicherheitsreformen und die Umsetzung des Friedensabkommens von 2018. Auch die katholische Kirche engagiert sich für die Versöhnung: In Malakal kamen die Bischöfe des Sudans und des Südsudans zu einer Vollversammlung zusammen, um über Frieden, Einheit und die Unterstützung von Vertriebenen zu beraten.

Auf humanitärer Ebene sieht sich der Südsudan mit einer Notlage dramatischen Ausmaßes konfrontiert. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen benötigen im Jahr 2026 etwa zwei Drittel der Bevölkerung, d. h. 9,9 bis 10 Millionen Menschen von insgesamt 14,4 Millionen Einwohnern, Hilfe. Die Ernährungslage ist besonders alarmierend: Rund 7,8 Millionen Menschen leiden unter akuter Ernährungsunsicherheit, darunter Zehntausende unter katastrophalem Hunger. Millionen Menschen sind innerhalb des Landes vertrieben worden, während über eine Million Flüchtlinge und Rückkehrer infolge des anhaltenden Konflikts aus dem Sudan eingetroffen sind.
Die Notlage wird durch die Ausbreitung von Cholera und anderen Infektionskrankheiten sowie durch Überschwemmungen und Dürren verschärft. Frauen und Kinder sind besonders von Gewalt und Sicherheitsrisiken bedroht. Der Zugang zu humanitärer Hilfe wird zudem häufig durch die unsichere Lage behindert.

Die Wahl am 22. Dezember ist ein Test für die institutionelle Zukunft des Südsudans und für die Glaubwürdigkeit des nach Jahren des Konflikts eingeleiteten Übergangsprozesses. Die Herausforderung für das Land besteht weiterhin darin, den politischen Übergang in einen wirksamen Prozess des Friedens, der Versöhnung und des Wiederaufbaus zu verwandeln.

(AP) (Fides 6/11/2026)

Ukraine: "Sie konnte nicht mehr weinen"

(LiO) Unser Missionar berichtet: „Dank Ihrer Hilfe konnten wir andere Räume anmieten.“ Hier finden u. a. nun Gottesdienste, Kinderstunden und Taufvorbereitungskurse sowie Bibelunterricht für Flüchtlinge und Angehörige von Soldaten statt.

„Der Krieg in der Ukraine hält an. Es gibt weiterhin Leid, Tränen, Schmerz, Zerstörung und Verluste. Gleichzeitig offenbart sich durch den Dienst der Gemeinde und die Verkündigung des Evangeliums vielen Menschen die rettende Gnade Gottes.

Das Bibelstudium trägt segensreiche Früchte. Im Laufe des Sommers haben sich acht Menschen bekehrt. Sie alle haben an unserem Bibelstudium teilgenommen. Jede Bekehrung ist etwas Besonderes. Besonders in Erinnerung geblieben ist mir die Bekehrung eines Vaters und seiner Tochter. Er ist ein einfacher Arbeiter. Sie ist Leiterin des Lehrstuhls für Höhere Mathematik an der Universität Charkiw. Seit drei Jahren besuchen sie die Gottesdienste in unserer Gemeinde. Vor einiger Zeit haben sie unseren Bibelkurs absolviert. Während des gesamten Kurses konnte ich bei ihr kein Interesse an der Bibel feststellen. Nach Abschluss des Kurses bat sie darum, denselben Kurs noch einmal besuchen zu dürfen. Sie sagte: ‚Ich habe erst jetzt angefangen, einiges von dem zu verstehen, was wir gelernt haben.‘ Wir nahmen sie und ihren Vater in den Wiederholungskurs auf. Später bat sie darum, in die Gruppe aufgenommen zu werden, die das Buch Genesis durchnahm. Ihr Vater machte bei allem mit, was sie machte. Darüber hinaus schlossen sich beide einem Hausbibelkreis an.“

Bei einem gemeinsamen Mittagessen erzählte die Frau dann: „‚Vor dem Krieg gab es unter meinen Freunden keine Gläubigen. Mein Vater und ich kamen nur wegen des Krieges nach Poltawa. Ich weiß nicht, warum ich zu-gestimmt habe, die Bibel zu studieren. Ich hatte gar nicht vor, etwas von dem zu verstehen, was im Unterricht vermittelt wurde. Ich saß im Unterricht und dachte: Was mache ich hier eigentlich? Doch allmählich weckte das Bibelstudium mein Interesse. Sie laden uns Studenten immer zu Ihren Sonntagsgottesdiensten ein. Inzwischen warten wir sehnsüchtig auf den nächsten Sonntag.‘ An jenem Sonntag, an dem die beiden sich vorgenommen hatten, sich zu bekehren, hatte ich keinen Aufruf zur Buße gemacht. Der Gottesdienst war zu Ende, und die Menschen verließen langsam den Saal. Da kamen Pjotr und Nadeschda auf mich zu und sagten: ‚Wir wollten uns heute bekehren, aber Sie haben keinen Aufruf gemacht.‘ Ich fragte: ‚Sind Sie bereit, jetzt gleich ein Bekehrungsgebet zu sprechen?‘ Sie antworteten: ‚Ja.‘ Ich bat Ja.‘ Ich bat die Anwesenden, noch einen Moment zu bleiben. Wir alle wurden Zeugen der Bekehrung von Pjotr und Nadeschda. Gott sei Dank!“

➢ Bitte beten Sie für Vater und Tochter, dass sie immer tiefer im Glauben wachsen und ein Zeugnis für ihr Umfeld sein können.

„Jede Familie hat ihre eigenen Leiderfahrungen in diesen Zeiten. Zu Beginn des Bibelstudiums biete ich den Anwesenden an, zu berichten, was sie gerade bewegt. Eine Mutter erzählte, dass ihr Sohn als vermisst gilt. Mit Tränen in den Augen sagte sie, dass sie jeden Tag auf einen Anruf von ihm wartet. Sie möchte einfach nur hören, dass er am Leben ist. Währenddessen beobachtete ich eine Frau, die vor einem Monat ihren Sohn beerdigt hatte. Er war 28 Jahre alt. Sie starrte mit einem leeren Blick aus dem Fenster. Ihr Schmerz war unerträglich. Sie konnte nicht mehr weinen.

Nach dem Unterricht kam eine weitere Frau auf mich zu. Ihr Sohn und ihr Schwiegersohn sind an der Front. Sie bat mich um Lebensmittel für sie, insbesondere um Kartoffelpulver. Sie sagte, ihr Sohn sei für einige Tage beurlaubt worden und gerade zu Hause. Ich traf mich mit ihr und ihrem Sohn. Er sagte: ‚Pastor, ich verneige mich tief vor Ihnen dafür, dass Sie sich um uns kümmern.‘ Dann fügte er hinzu: ‚Ich bin 40 Jahre alt. Ich habe noch nie zuvor gebetet. Aber in den letzten eineinhalb Jahren bete ich jeden Tag, so gut ich kann. Der Krieg ist ein einziger Alptraum.‘“ Bitte beten Sie

➢ für diese Menschen, dass sie in Jesus Christus Trost, Kraft und Halt finden und zum Glauben kommen.

➢ um Gottes gnädiges Eingreifen, dass er diesem Krieg ein Ende setzt.

Ukraine: Christenverfolgung? Selenskyj widerspricht

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat Vorwürfen, in der Ukraine würden Christen verfolgt, widersprochen. Vielmehr töte Russland ukrainische Geistliche.

(PRO, Von Martin Schlorke vom 2. November 2026) Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat im amerikanischen Fernsehen betont, dass es in seinem Land keine Christenverfolgung gebe. Im Gespräch mit dem US-Moderator Tony Perkins sagte er, religiöse Gruppen in der Ukraine seien frei.

Hintergrund sind anhaltende Vorwürfe, etwa des früheren „Fox News"-Moderators Carlson Tucker. Dieser hat in den vergangenen Jahren mehrfach behauptet, die Ukraine verfolge christliche Gemeinden, insbesondere die ukrainisch-orthodoxe Kirche.

Selenskyi betonte, dass seine Regierung sich regelmäßig mit dem Gesamtukrainischen Rat der Kirchen und Religionsgemeinschaften austausche. Der Rat ist ein interkonfessionelles Gremium und repräsentiert nach eigenen Angaben mehr als 90 Prozent der religiösen Gemeinschaften im Land. Der Rat hat sich auch für ein Verbot der ukrainisch-orthodoxen Kirche eingesetzt. Diese ist eng mit dem Moskauer Patriarchat verbunden. Im August 2024 hatte das Parlament für ein entsprechendes Verbot gestimmt.

In der Sendung „This Week on Capitol Hill" bestätigte Moderator Perkins Selenskyjs Aussagen. Im August habe er selbst die Ukraine besucht. Damals hätte er sich auch mit religiösen Führern getroffen, die ihm erklärten, keinerlei Einschränkungen durch die ukrainischen Behörden zu erfahren. Stattdessen beschuldigten sie ebenfalls Russland, in den besetzten Gebieten Pastoren zu verhaften und zu foltern sowie Kirchen zu beschlagnahmen.

Selenskyj zufolge seien seit Kriegsbeginn 120 Vertreter religiöser Institutionen von Russland getötet worden. Dabei habe es sich um gezielte Tötungen gehandelt. Die ukrainische Religionswissenschaftlerin Iryna Fenno sprach auf dem Katholikentag im Frühjahr ebenfalls über gezielte Angriffe der russischen Armee auf Geistliche. Darüber hinaus würden Kirchen und zu ihnen gehörende Gebäude von der russischen Armee beispielsweise als Waffenlager zweckentfremdet. Fenno arbeitet für die Organisation „Religion on fire", die solche Angriffe dokumentiert.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:
Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)
Spendenkonto:
IBAN: DE87520604100000416800
BIC: GENODEF1EK1
Evangelische Kreditgenossenschaft
Verwendungszweck „AKREF"
Gerne können Sie auch online spenden.

Links

www.csi-de.de

https://islam.ead.de/

https://akref.ead.de/

https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]